

II-- 4208 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH

XIV. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM

1010 Wien, den 27. August 1978

FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/40-1/78

2013/AB

1978 -08- 29

zu 1966/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. PELIKAN
und Genossen an die Frau Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Beiräte, Kommissionen, Projektgruppen
(Nr. 1966/J-NR/78)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende
Fragen gerichtet:

- 1) Welche der von Ihnen in der Anfragebeantwortung aus dem Jahre 1976 angeführten Projektgruppen, Beiräte und Kommissionen wurden seither aufgelöst
 - a) wegen Abschluß der ihnen zgedachten Arbeiten?
 - b) aus welchen sonstigen Gründen?
- 2) Zu welchen Ergebnissen führten die Arbeiten der von Ihnen damals angeführten Projektgruppen, Kommissionen und Beiräte?
- 3) Welche Beiräte, Projektgruppen, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstige Arbeitsgruppen bestehen in oder bei Ihrem Ministerium oder wurden seit der letzten Anfragebeantwortung errichtet, an denen auch Experten, Wissenschaftler, oder sonstige Personen außerhalb Ihres Ressorts mitarbeiten?

- 2 -

- 4) Welches Timing wurde diesen Gruppen hinsichtlich ihres Arbeitsablaufes vorgegeben bzw. welches Timing haben sich diese Gruppen selbst gesetzt?
- 5) Welcher Budgetrahmen steht diesen Gruppen für ihre Arbeit zur Verfügung bzw. mit welcher Kostenhöhe wurden sie veranschlagt?
- 6) Wie lauten die Namen jener Personen, die im Rahmen einer der angeführten Projektgruppen, Beiräte, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstigen Arbeitsgruppen mitarbeiten oder seit Jänner 1976 mitgearbeitet haben, ohne Beamte Ihres Ressorts zu sein?
- 7) Wie hoch ist die Entschädigung bzw. Entlohnung, die diese Personen für ihre Mitarbeit beziehen oder bezogen haben; namentlich aufgeschlüsselt?
- 8) Welche Enqueten wurden oder werden im Zeitraum von 1976 bis 1978 von Ihnen abgehalten?
- 9) Zu welchen Ergebnissen führten sie und wo finden diese Ergebnisse ihren Niederschlag, bzw. wie werden diese Ergebnisse weiterbehandelt?
- 10) Welches Timing legen Sie den in diesen Enqueten behandelten Problemen zu ihrer Lösung zugrunde?
- 11) Haben Sie - entsprechend der mit Nachdruck angekündigten Finanzplanung - auch Finanzierungspläne zu dem jeweiligen Problemkreis, der Gegenstand der Arbeit in den Projektgruppen, Beiräten, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüssen und sonstigen Arbeitsgruppen und Enqueten ist oder war, ausgearbeitet?
- 12) Wenn ja, wie lauten diese?

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

- 3 -

Zu 1):

Von den in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 330/J-NR/1976 genannten Institutionen wurden seither keine aufgelöst.

Zu 2):

Der Beirat für Krankenpflegefragen hatte das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz insbesondere bei der Neuordnung der Krankenpflegeausbildung beraten und Vorschläge zur Novellierung des Krankenpflegegesetzes und der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den Krankenpflegefachdienst, für die medizinisch-technischen Dienste und für die Sanitätshilfsdienste unterbreitet.

Die von meinem Ministerium durchgeführte große Reform der Krankenpflegeausbildung führte bekanntlich zu einem außergewöhnlichen Erfolg: die Zahl der Krankenpflegeschüler ist mit der Senkung des Aufnahmealters sprunghaft angestiegen (z.B. an allgemeinen Krankenpflegeschulen von 3.803 im Jahre 1972 auf derzeit 6.085, das bedeutet eine Steigerung von 60 %), sodaß der Engpaß auf dem Pflegesektor im wesentlichen behoben ist.

Der Gemischte Ausschuß betreffend Neuordnung der Ärzteausbildung hat sich im Rahmen seiner Beratungen über Probleme der Neuordnung der Ärzteausbildung mit folgenden Fragen beschäftigt: Erfahrungen mit der Ärzteausbildungsordnung bei der Ausbildung zum praktischen Arzt und bei der Ausbildung zum Facharzt, Einführung eines Facharztes für Neurochirurgie, Einbeziehung des Sonderfachs "Gerichtliche Medizin" in manche Facharztausbildungen, Zukünftige Ausbildung in Lehrspitälern und Lehrpraxen, ergänzende spezielle Ausbildungen auf Teilgebieten von bestehenden Sonderfächern (Subspezialisierungen in Klinischer Pharmakologie, Psychotherapie, Medizinische Informatik und Geriatrie), Änderung der Ausbildungsbedingungen für das Sonderfach Anästhesiologie, Erfahrungen mit der Ausbildung zum Facharzt für nichtklinische Medizin, Ausbildung

- 4 -

von auch-zahnärztlich-tätigen praktischen Ärzten, Unterbrechung der Berufsausübung praktizierender Ärzte, Änderung der Ausbildungsbedingungen für das Sonderfach Radiologie.

Die Arbeitsergebnisse des Gemischten Ausschusses betreffend Neuordnung der Ärzteausbildung wurden im Rahmen der Novelle der Ärzteausbildungsordnung, BGBl. Nr. 661/1976, verwendet.

Der Alkohol- und Suchtmittelbeirat wurde im Mai 1978 neu konstituiert, nachdem die Funktionsperiode des vorangegangenen Beirates im September 1977 abgelaufen war. Der alte Beirat beriet in seinen beiden letzten Vollsitzungen als Hauptthema "Alkohol am Steuer" mit der Fragestellung, ob die 1960 gesetzlich eingeführte 0,8 ‰-Grenze auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen herabgesetzt werden kann.

Der Beirat für Psychische Hygiene, dessen Funktionsperiode am 28. Mai 1978 abgelaufen war, wurde am 20. Juni 1978 neu konstituiert. Der alte Beirat hat neben der Begutachtung verschiedenster die Psychiatrie betreffender Eingaben und Anfragen folgende Hauptthemen behandelt: Erstellung einer Prioritätenliste, Ausarbeitung eines Merkblattes für psychisch erkrankte Personen und deren Angehörige, Erarbeitung einer Resolution betreffend Errichtung von bettenführenden Abteilungen für Nerven- und Geisteskrankheiten an Schwerpunktkrankenhäusern, Trennung der Dienste für geistig Behinderte von den Diensten für psychisch erkrankte Personen in Krankenanstalten, Beratungen zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Anhaltung und Behandlung psychisch gestörter Personen, psychiatrische Versorgung ländlicher Regionen, Verwendung von Kinderabteilungen für psychohygienische Aufgaben, fachliche Beurteilung von einschlägigen Forschungsanträgen betreffend die gemeindenahere psychiatrische Versorgung der Bevölkerung.

- 5 -

Das vom Beirat erarbeitete Merkblatt wurde vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz an alle in Frage kommenden Krankenanstalten und praktizierenden Fachärzte, Landesregierungen und Krankentransportorganisationen in ausreichender Zahl kostenlos übermittelt. Die oben angeführte Resolution fließt in die weitere Planung des Bundeskrankenanstaltenplanes ein.

Der neue Beirat hat in seiner ersten Sitzung als Hauptthema das Ergebnis einer vom Bundesministerium für Justiz abgehaltenen Enquete über die Reformierung der Entmündigungsordnung beraten und hiezu dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz eine sehr klare, ablehnende Stellungnahme vorgetragen.

Der Bundesbeirat für Behinderte hat als erste Aktivität eine Definition des Behindertenbegriffes nach langwierigen Beratungen erarbeitet. Weiters wurde die Zusammenarbeit mit verschiedenen Behindertenverbänden und -vereinen angeregt und zum Teil auch schon mit Erfolg eingeleitet. 1976 hat der Beirat am Entwurf zur Ö-NORM 1600 mitgearbeitet und eine großangelegte Enquete über behindertengerechtes Planen, Bauen und Wohnen beratend vorbereitet. Ein weiteres Thema war die Ausarbeitung von praktischen Vorschlägen zum Thema "1981, Internationales Jahr der UNO für Behinderte". Eine weitere Aktivität war die Empfehlung, in Österreich eine Briefmarke für Behinderte herauszubringen. Ein Vorschlag, der von der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung aufgegriffen und bereits fertiggestellt wurde.

Das Interministerielle Komitee für Umweltschutz hat die Aufgabe, die Lage auf den einzelnen Teilgebieten der Umwelthygiene festzustellen, Maßnahmen zur Verbesserung vorzuschlagen und die Arbeiten der einzelnen Ressorts zu koordinieren.

- 6 -

Im Interministeriellen Komitee wurde eine Zusammenarbeit und ein Informationsaustausch mit den Staaten der EG angeregt und die innerstaatliche Koordinierung der österreichischen Haltung über den Abschluß eines Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes zwischen Österreich und Polen sowie zwischen Österreich und Ungarn erörtert.

Ferner wurde der Entwurf einer Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zur Beschränkung des Schwefelgehalts im Heizöl sowie einer Vereinbarung zur Beschränkung der Luftverunreinigung und der Lärmstörung behandelt.

Der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz insbesondere bei der Beurteilung der erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Umwelthygiene zu beraten. Er stand dem Ressort beim Ausbau des Meßstellennetzes in ganz Österreich sowie bei der Planung, Vergabe und Auswertung von Zweckforschungen zur Verfügung.

In Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften setzte der Beirat seine Richtlinien Tätigkeit fort und erarbeitete die Richtlinien 3 und 4 (Bleikerzenmethode und Bergerhoff-Verfahren), die Richtlinie 5 über die Begrenzung der Lärmbelastung und die vorläufige Richtlinie Kohlenmonoxid. Eine neue Arbeitsgruppe "Emissionen aus Massentierhaltungen" wurde eingerichtet und die Arbeitsgruppe "Biologische Umwelt" reaktiviert. Die Arbeitsgruppe "Umweltchemikalien" hat einen Gesetzentwurf zur Beschränkung des Verkehrs mit bestimmten giftigen Stoffen vorgelegt.

Der Beirat für Umweltschutz, in dem die Sozialpartner vertreten sind, wurde vornehmlich mit rechtlichen Problemen des Umweltschutzes und mit dem einschlägigen Teil des Forschungskonzepts des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz befaßt.

Die Expertenkommission für Strahlenschutzfragen (Strahlenschutzkommission) wurde zur ständigen Beratung der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz und für soziale Ver-

- 7 -

waltung in allen Fragen, die den Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen vor den Gefahren der ionisierenden Strahlen betreffen, gebildet.

Zu 3):

Außer den bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 330/J-NR/1976 genannten Einrichtungen, deren Aufgabebereich unverändert geblieben ist, wurden keine neuen Institutionen geschaffen.

Zu 4):

Das Timing setzen sich diese Gruppen nach Maßgabe der Erfordernisse des jeweils behandelten Problemkreises selbst, sodaß keine allgemein gültige Aussage getroffen werden kann. Bei akuten Fragen wird jedenfalls meinem Wunsch nach kurzen Terminen immer nach Möglichkeit nachgekommen.

Zu 5):

Die Tätigkeit der Mitglieder der in Rede stehenden Gruppen ist ehrenamtlich.

Die für diese Gruppen erforderlichen Aufwendungen bestehen in dem Ersatz der Reisespesen und Übernachtungen für außerhalb Wiens wohnende Teilnehmer sowie in einem Entgelt bei der Erstellung von Sonderarbeiten. Die entsprechenden Ausgaben werden nach ihrer Notwendigkeit bei den aufgrund des Ansatz- und Kontenplanes zuzuordnenden Ausgabeposten, die im Rahmen des Gesamtbudgets des Ressorts dotiert werden, verrechnet.

Zu 6):

Die Namen jener Personen, die im Rahmen der genannten Gruppen mitarbeiten, ohne Beamte meines Ressorts zu sein, sind

- 8 -

den Anlagen 1 - 8 zu entnehmen. Das Interministerielle Komitee setzt sich aus Vertretern der einzelnen Bundesministerien zusammen, die nicht ad personam bestellt wurden.

Zu 7):

Wie bereits zu Punkt 5 ausgeführt, ist die Tätigkeit ehrenamtlich.

Zu 8):

Im angeführten Zeitraum wurden folgende Enqueten und Vortragsveranstaltungen abgehalten:

Enquete über die Hebammenausbildung am 12. Oktober 1977. "Genetische Familienberatung" und "Der behinderte Mensch" am 3. April 1976.

"Arzt und Verkehrsunfall" am 17. September 1976.

Krebsenquete am 28. Jänner 1977.

"Ernährung - ein wesentlicher Gesundheitsfaktor" am 28. Oktober 1977.

"Lungenkrebs" am 9. Dezember 1977.

Tagungen über aktuelle Probleme der Erfassung und Bewertung luftfremder Stoffe am 22. April 1976, 16./17. Dezember 1976, 12./13. Mai 1977, 15./16. Dezember 1977, 6./7. April 1978.

Tagung der Lärmexperten der Bundesländer am 7. Juni 1978.

Zu 9):

Bei der Enquete über die Hebammenausbildung wurde über die Situation der Hebammen sowie über die Neuordnung der Hebammenausbildung beraten. Dabei wurde festgehalten, daß die Ausbildung auf drei Jahre verlängert werden soll, wobei das erste Jahr der Krankenpflegeausbildung angeglichen werden soll. Als erstes Ziel ist hierbei die Erstellung eines Lernzielkataloges und die Vereinheitlichung der Lehrbehelfe genannt worden.

- 9 -

Die Vortragsveranstaltung "Genetische Familienberatung" zeigte, daß im Hinblick auf die Ergebnisse der Forschung der genetischen Familienberatung besondere Bedeutung beizumessen ist. Die Förderung der genetischen Beratungsstellen - die erste in Graz ist bekanntlich auf Initiative und mit Subvention des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz entstanden - muß noch verstärkt forciert werden.

Im Rahmen der Veranstaltung "Der behinderte Mensch" wurde aufgezeigt, daß noch lange nicht alle Möglichkeiten der Betreuung des Behinderten auf medizinischem und sozialem Gebiet ausgeschöpft sind. Frühbehandlung und Betreuung müssen Hand in Hand gehen.

Unter Berücksichtigung der aufgrund einer Steigerung des Verkehrs zu beobachtenden Unfälle wurde festgestellt, daß einerseits die Unfallsursachenforschung verbessert werden muß, andererseits aber auch die Behandlung Verunfallter möglichst früh einzusetzen hätte, wenn optimale Ergebnisse erreicht werden sollen.

In der Krebsenquete wurde die große Palette der heutigen Krebsproblematik vorgeführt. Aus dieser Veranstaltung konstituierten sich fünf Arbeitskreise (Früherkennung, Risikoprogramm, Therapie, Information und Fortbildung), in denen einige Spezialgebiete weiterbehandelt werden. Mit einem im Monat Juni 1977 in den Mitteilungen der Österreichischen Sanitätsverwaltung erschienenen Sonderheft (Verlag D. Göschl) wurde die österreichische Ärzteschaft über diese Enquete informiert.

Die Ernährungsenquete befaßte sich mit Grundlagen der Ernährung in verschiedenen Altersstufen sowie mit Fragen der Ernährungsgewohnheiten in Zusammenhang mit der Gesundheit des Österreicherers. Dabei wurde die Vielschichtigkeit des Ernährungsproblems beleuchtet, das seinen Ausgang im Gesundheitsbewußtsein jedes Einzelnen hat und durch den Ernährungsfachmann entsprechend positiv beeinflusst werden kann. Die Referate wurden im Heft Nr. 3 Jahrgang 1978 der Mitteilungen der Österreichischen Sanitätsverwaltung vom 15. März 1978 der Ärzteschaft zugänglich gemacht.

- 10 -

In der Spezialenquete "Lungenkrebs" wurden die Schwierigkeiten von Diagnose und Behandlung dieser Krebsart diskutiert. Aus der Gesamtheit der Vorträge kristallisierte sich die große Bedeutung der Früherkennung heraus. Dabei erschien zunächst die Erfassung von Risikogruppen (z.B. Raucher) als wesentliches Ziel (Programm 20 X 20). Eine Zusammenfassung der einzelnen Themen dieser Veranstaltung wurde in Heft Nr. 5/1978 der Mitteilungen der Österreichischen Sanitätsverwaltung vom 15. Mai 1978 veröffentlicht.

Bei den Tagungen über aktuelle Probleme der Erfassung und Bewertung luftfremder Stoffe wurde die Dringlichkeit der Erarbeitung weiterer bundeseinheitlicher Richtlinien betont. Aufgrund dieser Initiative wurden im Anschluß an die Richtlinien 1 und 2 die Richtlinie 3 (Schwefelverbindungen) und 4 (Staubniederschlagsmessung) sowie die Richtlinie 5 (Lärm) erarbeitet.

Ein formalisiertes Meldeprogramm wurde ausgearbeitet, das die Übermittlung der Meßdaten im Rahmen der vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz subventionierten Bundesländergeräteaktion regelt.

Weiters wurde die Stellung des Sachverständigen bei gewerberechtlichen Verfahren besprochen.

Bei der erstmals einberufenen Tagung der Lärmexperten der Bundesländer wurden neue Kontakte hergestellt und der Rahmen der künftigen Arbeit umrissen.

Zu 10):

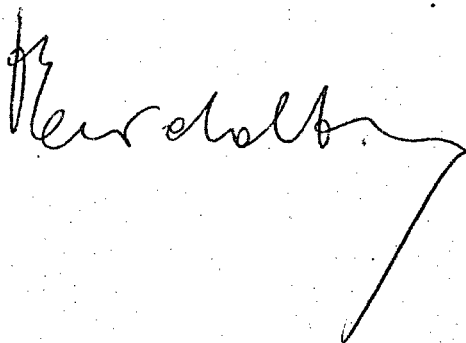
Bezüglich der in den Enqueten behandelten Problemkreise ist hinsichtlich eines Timings grundsätzlich festzuhalten, daß unmittelbar nach Abklärung ihrer fachlichen Seite die entsprechenden Veranlassungen meines Ministeriums getroffen werden.

- 11 -

Zu 11 und 12):

Grundsätzlich ist zu bemerken, daß konkrete Finanzierungspläne erst dann sinnvoll ausgearbeitet werden können, wenn die fachliche Seite des betreffenden Problemkreises in ein entsprechendes Stadium getreten ist, so daß diese Fragen nicht in dieser Form beantwortet werden können.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kerschbaumer', with a long, sweeping underline that extends to the right and then curves downwards.